

Kulturwerkstatt muss saniert werden

Bauausschuss Stadt meldet Projekt für Fördermittel an. Zunächst Machbarkeitsstudie nötig

Kaufbeuren Das Gebäude der Kulturwerkstatt an der Bismarckstraße in Kaufbeuren ist sanierungsbedürftig. Eventuell wird es auch erweitert. Das teilte Stadtplaner Werner Fehr in der jüngsten Sitzung des Bauausschusses mit. Als erster Schritt soll eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden. Um dafür Zuschüsse erhalten zu können, wird der Bereich um das Gebäude bei der Regierung von Schwaben für die Städtebauförderung angemeldet.

Das Gebäude aus den 1950er Jahren weist laut Fehr bauliche Mängel auf und soll daher saniert und modernisiert werden. Aufgrund der beengten Verhältnisse sei auch eine Erweiterung durch eine Aufstockung angedacht. Eigentümer des ehemaligen Kinos ist die Antonie-Zauner-Stiftung. Bereits im Juli 2000 wurde per Vertrag geregelt, dass es der Stadt ausschließlich zur Nutzung als Kinder- und Jugendkulturzentrum überlassen wird. Der Stadtjugendring nutzt es inzwischen für seine Kulturwerkstatt.

Baufreferent Helge Carl erläuterte, dass es noch keinerlei Kostenschätzungen gebe. Auch sei noch unklar, welche Kosten die Stiftung



Aus den 1950er Jahren stammt das Gebäude, in dem die Kulturwerkstatt beheimatet ist. Eine Sanierung steht an.
Foto: Mathias Wild

übernimmt. Zunächst brauche man die Machbarkeitsstudie. Und man wolle der Stiftung ermöglichen, Städtebauförderungsmittel zu erhalten.

Laut Fehr flossen von 1972 bis 2018 insgesamt 19,8 Millionen Euro

Städtebauförderungsmittel nach Kaufbeuren. 60 Prozent (11,9 Millionen Euro) davon bezahlte der Staat, die restlichen 40 Prozent übernahm die Stadt.

Auch für 2020 meldet die Stadt wieder Projekte für die Zuschüsse

an. Als Maßnahmenschwerpunkte gehören neben der Kulturwerkstatt der Abbruch des alten Eisstadions, Fassadensanierungen in der Altstadt, das Bahnhofsumfeld, der Abbruch des Gebäudes im Ringweg 13 und die Sanierung des Gebäudes in der Neuen Gasse 13 durch den Sozialdienst katholischer Menschen (SKM) dazu. Wann die einzelnen Projekte tatsächlich umgesetzt werden, ist allerdings noch offen. In Anspruch nehmen dürfen die Zuschüsse sowohl die Stadt als auch private Bauherren.

Ein ähnliches Förderprogramm gibt es für den Stadtteil Neugablonz. Dort heißt es „Soziale Stadt“. Von 2001 bis 2018 flossen laut Fehr 7,9 Millionen Euro. 4,7 Millionen Euro stammten vom Staat, die restlichen 40 Prozent von der Stadt. Auch für 2020 meldet die Verwaltung wieder Bedarf an Maßnahmenschwerpunkten in Neugablonz sind das dortige Quartiersmanagement mit Quartierbüro sowie ebenfalls Fassadensanierungen, die vor allem am Neuen Markt inzwischen „ganz gut angenommen werden“, so Fehr. Die Stadträte bewilligten alle Vorschläge einstimmig. (rm)